

Staatsstreich gegen Chavez

Welsch, Friedrich J.; Werz, Nikolaus

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Welsch, F. J., & Werz, N. (2002). *Staatsstreich gegen Chavez*. (Brennpunkt Lateinamerika, 7). Hamburg: Institut für Iberoamerika-Kunde. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-443287>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>



BRENNPUNKT LATEINAMERIKA

POLITIK · WIRTSCHAFT · GESELLSCHAFT

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE HAMBURG

Nummer 7

24. April 2002

ISSN 1437-6148

Staatsstreich gegen Chávez

Friedrich Welsch und Nikolaus Werz

Im vorliegenden Beitrag beschreiben wir nach einer kurzen Vorgeschichte der Chávez-Regierung das Chávez-Bild im Ausland, analysieren das Meinungsklima vor dem Putsch vom 12. April, fassen die wirtschafts- und sozialpolitischen Leistungen dieser Regierung zusammen, schildern die Wurzeln und Dynamik des Marsches vom 11. April sowie den in seinem Gefolge ausgelösten Sturz der Regierung und ihre Wiedereinsetzung. Eine Zusammenfassung der internationalen Reaktionen und der Ausblick auf die mittelfristige politische Entwicklung Venezuelas schließen den Beitrag ab.

Zur Vorgeschichte der Chávez-Regierung

Als Hugo Rafael Chávez im Februar 1992 bei seinem Versuch scheiterte, in einem blutigen Militärputsch die Macht in Venezuela zu übernehmen, war er wenigstens insoweit erfolgreich, als er eine systemgefährdende Tendenz der damals über dreißig Jahre alten venezolanischen Demokratie aufdeckte, nämlich die wachsende Lernunfähigkeit ihrer Politiker. Politiker brauchen Augenmaß, Koordinations- und Unterscheidungsfähigkeit, Kompromissbereitschaft, aber auch Kreativität, Gespür für Entwicklungen, Tatkraft und Durchsetzungsfähigkeit. Die zweite Gruppe dieser Fähigkeiten war den venezolanischen Politikern abhanden gekommen, sie hatten kein Gespür mehr für die Entwicklungen in der Gesellschaft, und sie hatten keine Vision zu bieten, die der zunehmenden Apathie hätte entgegenwirken können.

Nach der Einstellung des Strafverfahrens gegen Chávez wegen seiner Rolle in dem Putschversuch auf dem Gnadenweg durch seinen Tauf-

paten Rafael Caldera, der inzwischen zum zweiten Mal in das Amt des Staatspräsidenten (1969-74 und 1994-99) gewählt worden war, wandelte sich der Putschist langsam, aber beständig zu einem Politiker, der im Gegensatz zu seinen noch herrschenden Kollegen die zweite Gruppe dieser Fähigkeiten oder Tugenden pflegte – Gespür für Entwicklungen, Kreativität, Tatkraft – ohne dabei jedoch die erste Gruppe zu vernachlässigen. Beraten von einem erfahrenen Parteipolitiker, der schon die Verfassung von 1961 miterarbeitet und unterzeichnet hatte, seinem späteren Innenminister Luis Miquilena, entwickelte er die Vision einer volksnahen Demokratie, baute auf dieser programmatischen Grundlage eine politische Bewegung auf, ließ sich als Kandidat für die Präsidentschaftswahlen von 1998 aufstellen und konnte eine große Mehrheit der Bürger für sein Vorhaben gewinnen.

Im Februar 1999 als neuer Staatspräsident vereidigt, begann er ohne Zögern mit der Umsetzung seines Programms. Das hatte es schon lange

nicht mehr gegeben: Hier war ein Politiker an der Macht, der sein Wahlversprechen einlöste.

Noch im selben Jahr 1999 wurde in rascher Abfolge eine Volksbefragung über die Wahl einer Verfassungsgebenden Versammlung durchgeführt, die Versammlung gewählt und eine neue Verfassung ausgearbeitet, die im Dezember 1999 in einer weiteren Volksabstimmung verabschiedet wurde. Ihre Grundlage ist die plebiszitäre Demokratie: jeder Amtsinhaber ist rechenschaftspflichtig und kann durch Volksabstimmung abberufen werden, jede Amtshandlung bzw. jedes Gesetz (allerdings mit Ausnahme der Steueretze) unterliegt demselben Prinzip.

Im Laufe des Jahres 2000 wurden sämtliche staatlichen Gewalten durch Neuwahlen legitimiert, vom Staatspräsidenten bis hinunter zu den Gemeinderäten; Chávez und sein Wahlbündnis errangen dabei nahezu überall Mehrheiten. Gestützt auf diese Mehrheiten wollte Chávez nunmehr sein „zwei-Hände-Modell“ durchsetzen, d.h. die Ergänzung der marktwirtschaftlichen Ordnung durch eine staatlich geförderte „demokratisch geplante“ Produktions- und Verteilungsstruktur; seine bisherige Wirtschafts- und Sozialpolitik war ja kaum von der liberalen Linie ihrer Vorgänger abgewichen. Dazu sah er es als unumgänglich an, sowohl die Sozialpartner als auch die Hauptgeldquelle der öffentlichen Hand, nämlich die staatliche Erdölgesellschaft *Petróleos de Venezuela* (PDVSA), unter der politischen Führung der bolivarianischen Revolution gleichzuschalten.

Dass die Wirtschafts-, Gewerkschafts- und Erdölmanagement-Eliten ihre Positionen nicht kampflos aufgeben würden, dürfte Chávez zwar bedacht haben, aber er war sich seiner Sache und seiner Überlegenheit wohl so sicher, dass er den lern- und verhandlungsorientierten Teil der Politikertugenden vergaß. In dem von ihm bei jeder Gelegenheit propagierten Freund-Feind-Schema war kein Platz für Augenmaß, Ausgleich, Toleranz und Verhandlungen. Weil er außerdem die Stärken und Schwächen seiner Gegner nicht richtig eingeschätzt hatte, erlitt er eine Reihe schmerzlicher Niederlagen: Bei den Wahlen für die Spitze des Unternehmensverbands *Fedecámaras* unterlag sein von ihm öffentlich unterstützter Wunschkandidat, ebenso wie bei den Vorstandswahlen des Gewerkschaftsdachverbands *Confederación de Trabajadores de Venezuela* (CTV). Und der letzte Vorstandschef der Erdölgesellschaft, der loyale General Lameda, wandelte sich zu einem Vertreter des Unternehmensinteresses an langfristiger Investitionsplanung, der öffentlich davor

warnte, die PDVSA als Portokasse der Regierung zu missbrauchen.¹

Auf die Niederlagen reagierte Chávez mit einer Verhärtung seiner Position. Die anstehenden Dreierverhandlungen mit Unternehmern und Gewerkschaften über Tarifverträge wurden ausgesetzt, weil die Regierung der neugewählten Gewerkschaftsspitze ihre Anerkennung verweigerte.² Mit gleicher Unnachgiebigkeit benannte er bei PDVSA eine z.T. unternehmens- und kompetenzfremde, parteipolitisch eindeutig ausgerichtete Führungsriege und verschloss sich jedem Dialog mit dem protestierenden Management. Die Spannung stieg, und die Spaltung vertiefte sich in demselben Maß, in dem immer größere Teile der Bevölkerung Dissidenten jeder Couleur und Herkunft Verständnis entgegenbrachten und Chávez den Rücken kehrten.

Das skeptische Bild von Chávez im Ausland und die Politik der USA

Venezuela zählt normalerweise nicht zu den Ländern, über die regelmäßig in der deutschsprachigen und ausländischen Presse berichtet wird. Eine Ausnahme stellten der Regimewechsel 1958 von der Diktatur zur Demokratie dar, als der Gründer der sozialdemokratisch ausgerichteten *Acción Democrática* (AD) und spätere Präsident Rómulo Betancourt sogar auf der Titelseite des „Spiegel“ (17.12.1958) erschien, und die frühen 1960er Jahre. In Zeiten des Kalten Krieges erhielt das Ölland nicht zuletzt wegen der von Fidel Castro geförderten Guerilla vorübergehend größere außenpolitische Aufmerksamkeit. In der Folgezeit beschäftigte sich die deutschsprachige Presse mit wenigen Ausnahmen, die vor allem in die Regierungszeit von Carlos Andrés Pérez (1974-79 und 1989-93) fielen, bevorzugt bei Studentenunruhen oder anlässlich von Natur- und Umweltkatastrophen (zuletzt 1999/2000) mit dem Land. Venezuela galt als untypisch für Lateinamerika: reich und gleichzeitig mit Armutsvierteln, eine vergleichsweise stabile Wahldemokratie mit stark

¹ Für das Jahr 2001 erhöhte die Regierung – Alleinaktionär der PDVSA – die abzuführende Dividende von US\$ 1,4 auf 3,8 Mrd., um das Haushaltsdefizit zu drücken, und gefährdete damit die Finanzierung der Investitionen, die zur Erhaltung der Produktionskapazität erforderlich sind, s. BCV, Mensaje del Presidente, 28.12.2001.

² Die Regierung wurde von der ILO dazu ermahnt, die von Venezuela ratifizierte Konvention 87 zur Vereinigungsfreiheit zu respektieren; dabei wurde darauf verwiesen, dass einige Bestimmungen der Verfassung von 1999 nicht konventionskonform seien (s. ILO 2001).

nordamerikanischen Zügen in seiner politischen Kultur.

Erst mit dem Aufstieg und dem Regierungsantritt von Hugo Chávez 1999 hat die Berichterstattung erheblich zugenommen. Sein Bild ist sowohl in der deutschen als auch in der spanischen Presse mehrheitlich von Skepsis geprägt. Dies gilt gerade für als linksliberal geltende Blätter wie die „Süddeutsche Zeitung“ oder „El País“. Die militärische Herkunft des demokratisch gewählten Präsidenten, seine Neigung zu Uniformen und langen Reden rufen Befremden und Ablehnung hervor.³ Die ausführliche Berichterstattung in „El País“ fällt durchweg kritisch aus und zwar nicht nur dann, wenn bekannte Liberale wie Mario Vargas Llosa oder Carlos Alberto Montaner über den Caudillo Chávez schreiben.

Noch kritischer ist die nordamerikanische Presse, z.B. „International Herald Tribune“. Seit seinem Irak-Besuch im August 2000, als erster westlicher Regierungschef, befindet sich der Venezolaner unter verstärkter außenpolitischer Beobachtung. Der mittlerweile verstorbene Castro-Biograph Tad Szulc stellte den Präsidenten in dem Artikel „Castro, Saddam and Chávez Pose Challenge to Bush“ (IHT 29.12.2000) in eine Reihe mit erklärten Gegnern der USA. Die „Castro-Hussein-Chávez connection“ sei antiamerikanisch und antikapitalistisch und zwar mit dem Ziel personaler Legitimation mit Hilfe des Nationalismus. Und weiter: „Mr. Chávez is the most intriguing new leader to emerge in Latin America since Mr. Castro.“ Diese Sichtweise hat in der Folgezeit an Boden gewonnen. Mit seinen zahlreichen Auslandsreisen nach Irak, Iran, Libyen und China und dem freundschaftlichen Verhältnis zu Fidel Castro avancierte Chávez zu einer unberechenbaren Figur. Auch in einflussreichen Fachzeitschriften wird eine zunehmend krisenhafte Entwicklung für Venezuela prognostiziert (Weyland 2001).

Hierbei muss berücksichtigt werden, dass eigentlich alle venezolanischen Präsidenten seit 1959 verlässliche Freunde der USA waren. Die politische Entwicklung wurde als eine „demokratische Revolution“ und als Alternative zur Kubanischen Revolution gesehen. Venezuela brach in den 1960er Jahren die diplomatischen Beziehungen zu Kuba für ein Jahrzehnt ab; im Oktober 2000 fand der erste offizielle Staatsbesuch Cas-

tros seit 40 Jahren in Venezuela statt. Er rief Proteste u.a. der vormaligen Mitstreiter von Chávez im *Frente Institucional Militar* hervor, die darauf hinwiesen, dass etliche Venezolaner in der Zeit der Guerilla im Kampf gegen die „Expeditionstruppen“ aus Havanna gefallen seien. Chávez und Castro erinnerten ihrerseits an die damalige Solidaritätsbewegung und ihren Slogan: „Un Bolívar para la Revolución.“

Die engen und freundschaftlichen Beziehungen zwischen Chávez und Castro, die in gemeinsamen Fernsehauftritten fast den Charakter eines Schüler-Lehrer-Verhältnisses annehmen, riefen in Venezuela und den USA Beunruhigung hervor. Zwischen Februar 1999 und den Feierlichkeiten zu Castros 75. Geburtstag, der 2001 mit einem erneuten Besuch in Venezuela zusammenfiel, kam es zu neun Begegnungen. Im Verlaufe des Jahres 2001 nahmen die Spannungen zwischen den USA und Venezuela zu: Nach dem 11. September äußerten hochrangige venezolanische Regierungsmitglieder Zweifel an der Echtheit des in den USA vorgelegten Materials über Bin Laden. Für Verwunderung im Ausland sorgte auch die Erklärung, dass der in Frankreich verurteilte Illich Ramírez auf venezolanischem Boden nicht als Terrorist betrachtet würde. Erstmals in der Geschichte der Beziehungen zwischen den beiden Ländern wurde ein US-Botschafter zur Berichterstattung zurückgerufen. Außenminister Colin Powell kritisierte vor dem Senatsausschuss das mangelnde Engagement von Präsident Chávez im Kampf gegen den Terrorismus und seine auffällige Besuchsdiplomatie. Der venezolanische Präsident war nach dem 11. September 2001 u.a. nach Iran und Libyen gereist. Seine zahlreichen Auslandsreisen sind auch im eigenen Land Gegenstand der Kritik: Nach Presseberichten soll er fast ein Drittel seiner Amtszeit außerhalb verbracht haben. Der vor kurzem erfolgte Kauf eines neuen, luxuriösen Airbus zum ausschließlichen Gebrauch des Staatspräsidenten wurde von den Bürgern bei den Protestmärschen auf Plakaten kritisiert, insbesondere auch wegen der als zu hoch empfundenen Kosten von über US\$ 70 Mio.

Das Gegenbild: Chávez als Bolivarianer und Führer der Armen

Während die Darstellung von Chávez in der internationalen und venezolanischen Presse mehrheitlich kritisch ausfällt, verfügt er durchaus über einige Befürworter, u.a. unter den Globalisierungsgegnern. Gemeinsam ist ihnen, dass sie von einer Konspiration gegen Chávez ausgehen – und dies bereits vor dem Putschversuch vom 12. April 2002 taten. Diese Verschwörung sehen sie vor

³ Die in ihrer Berichterstattung vorsichtiger „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ informiert am 19.3.2002 unter der Rubrik „Persönlich“ darüber, dass sich Chávez mit einer sieben Stunden währenden Ansprache in das Guinness-Buch der Rekorde geredet habe.

allem als ein Werk der Medien; in Wirklichkeit sei Chávez ein Mann der Linken, dessen Reformvorhaben und Maßnahmen zugunsten der Armen unterschlagen und verfälscht würden. Auf konkrete Belege über den Fortgang der Reformen wird zumeist verzichtet. Vor allem seine Anhänger im Ausland verweisen auf allgemeine Zusammenhänge oder historische Präzedenzfälle. Es lassen sich folgende Argumentationsversuche ausmachen:

- Der umstrittenste und nur vorübergehende Wegbegleiter ist der Argentinier Norberto Ceresole. In seinem Heimatland wurde er zu den *Montoneros*, d.h. einer paramilitärischen Organisation der revolutionären Strömung im Peronismus gezählt; in seinen Schriften vertritt er eine Mischung aus nationalistischen, antiimperialistischen und antisemitischen Vorstellungen. Nach Ceresole gibt es zwei Chavecismen: Zum einen die von ihm selbst propagierte Linie, die von einer Allianz „Caudillo + Streitkräfte + Volk“ ausgeht und im Caudillismus das eigentliche Strukturprinzip Lateinamerikas erkennt. Zum anderen der demokratische Chavecismus, für den Minister José V. Rangel und das von Ceresole als „Operettenrevolutionäre“ bezeichnete politische Personal der „5. Republik“ stehen. Schon im März 2000 sprach Ceresole von der Gefahr eines Bürgerkrieges in Venezuela (El Nacional 19.3.2000). Einer zu starken Annäherung an Castros Kuba steht er wohl aus national-revolutionären Motiven reserviert gegenüber (Ceresole 2001).
- Einzelne Autoren verorten die bolivarianische Revolution in der Tradition eines linken lateinamerikanischen Antiimperialismus und Befreiungsdenkens. Angenommen wird ein Zusammenhang zwischen dem „bolivarianischen Kampf“ im Andenraum, der sich in Venezuela in der aktuellen Regierung manifestiere, in Ekuador in der zivil-militärischen Erhebung mit Unterstützung durch indigene Gruppen vom 21. Januar 2000 und in Kolumbien in der Guerilla (vgl. dazu die teilweise in Kuba erschienenen Publikationen von Heinz Dietrich 2001, 2002).
- Einen stärkeren Bezug zur venezolanischen Realität weist das Buch des langjährigen Mitherausgebers des „Guardian“ Richard Gott (2000) auf. Chávez erscheint als potentielle Leitfigur der lateinamerikanischen Linken. Der Autor macht aus seiner Sympathie für den Charismatiker kein Geheimnis und rückt ihn u.a. in die Nähe des 1978 bei einem

Flugzeugabsturz getöteten Omar Torrijos in Panama. Bei der Kritik an der Parteiendemokratie sowie bei der Darstellung der programmatischen Wurzeln folgt er weitgehend der Selbstinterpretation von Chávez.

- Schließlich hat Chávez auch unter venezolanischen Linksnationalisten nach wie vor Anhänger. Nach seinem Putschversuch 1992 und der sich anschließenden Festungshaft hatten nicht wenige Ex-Guerilleros regelmäßig bei ihm vorgesprochen, einige tauchten ab 1999 wieder in seinem häufig wechselnden Kabinett auf. Von einer „Revolution der Engel“ (Zago 1998) und einem neuen Hoffnungsträger war bis zu seinem Wahlsieg die Rede (Blanco Muñoz 1998). Nach dem Regierungsantritt begann eine gewisse Distanzierung, in den vergangenen anderthalb Jahren ist eine steigende Zahl von Mitstreitern von ihm abgerückt.

Die oben erwähnten Positionen überlagern sich teilweise – vor allem nach den Ereignissen im April 2002. Dabei erfolgt partiell eine Anknüpfung an traditionelle antiamerikanische und antiimperialistische Muster aus den 1960/70er Jahren: Dies gilt erstens für die Rolle der nationalen und internationalen Medien und ihre Berichterstattung über Chávez. Hier wird eine bewusste Manipulation angenommen, hinter der einflussreiche Wirtschaftsinteressen vermutet werden.⁴ Zweitens werden die USA für die jüngste Zuspitzung (mit)verantwortlich gemacht. Dies reicht bis hin zum Vergleich zwischen Salvador Allende und Hugo Chávez – eine Gleichsetzung, die zuvor schon von interessierter Seite, d.h. von Mitgliedern der Regierung wie dem von der politischen Linken kommenden José Vicente Rangel vorgenommen wurde. *Ex negativo* findet hier eine Rechtfertigung von Chávez statt: Weil die USA gegen ihn seien, erhält seine Position sozusagen höhere politische Weihen. Drittens erscheint Chávez als ein von der „Oligarchie“ ausgegrenzter Politiker, der im Interesse der Bevölkerungsmehrheit handeln wolle. Für eine solche quasi-„sozioethnische“ Interpretation gibt es in der neueren venezolanischen Geschichte bis zum Aufstand der Armen 1989 vergleichsweise wenig Anhaltspunkte. Mittlerweile wird allerdings von einer Spannungslinie in der Hauptstadt zwischen den östlichen und westlichen Wohngebieten ausgegangen, wobei Chávez mit seinem polarisierenden Auftreten für diese Entwicklung mitver-

⁴ So u.a. der Herausgeber von „Le Monde Diplomatique“, Ignacio Ramonet, in: El País vom 17.4.2002.

antwortlich ist. Viertens: Die Überhöhung von Chávez zu einer Figur von gesamtlateinamerikanischer Bedeutung erweist sich bislang als eine Projektion von außen. Im Kreise seiner lateinamerikanischen Kollegen gerät er vielmehr in eine Außenseiterposition, was nicht zuletzt an den bislang ungeklärten und unbewiesenen Vorwürfen einer Beteiligung Venezuelas an innenpolitischen Entwicklungen in Kolumbien, Peru und Ecuador liegt.

Jüngste Entwicklung des Meinungsklimas

Präsident Chávez und seine Regierung erfreuten sich in der öffentlichen Meinung während der beiden ersten Amtsjahre einer hohen Zustimmung;

der Staatspräsident war bei wenigstens zwei Dritteln der Bevölkerung beliebt, und mehr als die Hälfte schätzte die Politik seiner Regierung positiv ein. Ebenfalls über die Hälfte machte ihn nicht für die ungelösten Probleme des Landes verantwortlich, und vier von fünf attestierten ihm die Fähigkeit, sie zu lösen. Das glanzvolle Bild wandelte sich jedoch schon vom Ende des zweiten Regierungsjahres an unaufhaltsam zum Schlechteren, wie die folgenden Daten aufzeigen (Sämtliche Angaben aus: Consultores 21, 2002: Umfrage in Städten über 20.000 Einwohner, 1500 Interviews, durchgeführt vom 25. Januar bis 7. Februar 2002):

Tabelle 1: Meinungsklima in Venezuela, 2001-2002 (in %)

Aussage	Februar 2001	Februar 2002
Präsident Chávez gefällt mir	63	38
Die Regierung Chávez leistet gute Arbeit	44	18
Chávez ist an den Problemen des Landes schuld	45	64
Chávez kann die Probleme des Landes lösen	70	46
Chávez soll zurücktreten	36 *	53

Quelle: Consultores 21, 2002.

* August 2001

Für Alternativen⁵ zu Chávez' politischem Projekt gibt es inzwischen eine theoretische Mehrheitsfähigkeit, denn nur noch 39% der Venezolaner standen im Februar 2002 den von ihm herbeigeführten Wandel positiv gegenüber, während eine Mehrheit von 53% ihn als negativ bezeichnete. Das kann man jedoch nicht von personellen Alternativen zu Chávez sagen, obwohl eine Mehrheit ihn gerne aus dem Amt scheiden sähe (Tabelle 1). Unter zehn Kandidaten hätte er bei Neuwahlen im Februar eine relative Mehrheit von 25% der Stimmen erzielt, während der Zweitplatzierte (Gouverneur Mendoza, Christdemokrat)

nur auf 14% gekommen wäre; in dieser Umfrage lag der spätere Übergangspräsident Carmona mit 1% auf dem letzten Platz. Da die oppositionellen Kräfte sich bisher nicht auf eine Führungspersonlichkeit einigen konnten oder wollten, dürften Chávez die sicheren Stimmen seines harten Kerns von Sympathisanten genügen, um sich gegenüber einer zersplitterten Opposition durchzusetzen. Dabei sind die Auswirkungen des gescheiterten Putschversuchs noch nicht berücksichtigt.

Wirtschafts- und sozialpolitische Bilanz nach drei Jahren

Gemessen am Anspruch ihres neuen Entwicklungsmodells einer „Selbstbestimmten Wettbewerbswirtschaft mit menschlichem Antlitz“, das im Übergangsprogramm 1999-2001 und dem Programm für 2001 ein stetes Wirtschaftswachstum, die Diversifizierung der Wirtschaft, Eindämmung der Inflation und Steigerung der Beschäftigung postuliert, ist die Leistung der Regierung Chávez bescheiden. Obwohl ihr in nur drei Jahren beinahe ebenso hohe Erdöleinnahmen wie der Vorgängerregierung in deren gesamter Regie-

⁵ Bisher wurden nur unverbindliche Papiere vorgelegt, z.B. die „Grundlagen für einen demokratischen Konsens“, die im März 2002 vom Gewerkschaftsverband CTV, dem Arbeitgeberverband *Fedecámaras* und einigen Organisationen der Zivilgesellschaft mit dem Segen der Kirche vereinbart wurden. Die Bekämpfung der Armut wird zum obersten Ziel erklärt, eine zivile, demokratische und verfassungsmäßige Regierung soll die nationale Einheit wiederherstellen und dabei friedliche Mittel anwenden sowie tolerant vorgehen. Wie wenig verbindlich alle diese Grundlagen für die Arbeitgeber waren, zeigte die Übergangsregierung mit ihrem ersten und einzigen Dekret.

rungszeit und sogar höhere als der Pérez-Regierung zur Verfügung standen (s. Tab. 2), ist die Arbeitslosigkeit von 11% zum Ende des Jah-

res 1998 auf 13.9% im Jahr 2001 gestiegen (Cepal 2001a: 34).

Tabelle 2: Erdöleinnahmen 1989-2001

Regierung	Zeitraum	Einnahmen (in US\$ Mrd.)
Pérez/Velásquez	1989-1993	57,6
Caldera	1994-1998	73,2
Chávez	1999-2001	66,3

Quelle: BCV 2002, Serie Estadísticas.

Das Bruttosozialprodukt schrumpfte 1999 um 6,1%, erholte sich dank des expansiven Erdölsektors um 3,2% im Jahr 2000, gab aber 2001 mit einem Wachstum von 2,7% wieder nach, weil der Erdölsektor um 0,9% schrumpfte und die übrige Wirtschaft diesen Rückgang nicht auszugleichen vermochte (BCV 2002, Serie Estadísticas). Für 2002 wird mit Null- bzw. negativem Wachstum gerechnet. Das Bruttosozialprodukt pro Kopf der Bevölkerung sank allerdings in den drei Jahren von 1999 bis 2001 um 6,8% (Cepal 2001b).

Dagegen war die Chávez-Regierung auf dem wichtigen Feld der Inflationsbekämpfung erfolgreich, weil sie bis zum Februar 2002 die orthodoxe Politik einer Währungsschlange gegenüber dem US-Dollar fortsetzte, die durch eine stetige Verteuerung des Bolívar-Außenwertes Importe verbilligte und damit als Währungsanker diente. Da Venezuela einen Großteil seiner Nahrungsmit-

tel importiert, konnte die Inflation eingedämmt werden. Im Februar musste diese Politik aufgegeben werden, weil der hohe Außenwert des Bolívar im Kontext der zunehmenden politischen Spannung Devisenabflüsse verursachte, die die Zentralbankreserven gefährlich schmälereten. Diese Devisenabflüsse ins Ausland werden von dem früheren Vorstandsmitglied der Zentralbank, Purroy, für die Jahre 2000 und 2001 auf je zwischen US\$ 6 und 8 Mrd. beziffert (Purroy 2002).

Trotz der hohen Erdöleinnahmen versäumte es die Regierung, ihren Haushalt zu sanieren; auf die restriktive Ausgabenpolitik in der politischen Blütezeit der ersten beiden Jahre folgten expansive Ausgabenplanungen, die das Defizit erneut steigerten und das Zinsniveau in die Höhe trieben, mit der Folge geringerer Investitionsneigung und Wachstumserwartungen (s. Tab. 3).

Tabelle 3: Haushaltsdefizit und Zinsniveau, 1998-2002

	1998	1999	2000	2001	2002
Haushaltsdefizit (% BIP)	4,2	2,5	1,8	4,0	6,5 *
Zinsen (%), 2. Halbjahr	44	-	-	-	56

Purroy 2002, BCV 2001.

* Schätzung

Wenn die enormen Ausgabensteigerungen messbare sozialpolitische Wirkungen erzielt hätten, wären sie sicher zu vertreten, zumal die Staatsverschuldung Venezuelas deutlich unterhalb der 60%-BIP-Schwelle der Maastricht-Kriterien der EU liegt. Aber gerade in diesem Bereich ist die Regierung besonders erfolglos. Deutlichster Beleg dafür ist das unaufhaltsame Abrutschen Venezuelas in der Tabelle des *Human Development Index* der Vereinten Nationen. Hatte

das Land in dem Bericht 1998 (Zahlen für 1997) mit einem Index von 0,860 noch den Rang 46 belegt, so fiel es im Bericht 2000 (Zahlen für 1998) mit einem Wert von nur noch 0,770 auf Rang 65 zurück. Im Bericht 2001 (Zahlen für 2000) sank der Index weiter auf nunmehr 0,765, allerdings stieg Venezuela mit diesem geringeren Wert um vier Positionen auf Rang 61 (UNDP 1998-2001). Eine Ohrfeige für eine volksnahe Regierung, der die Gesundheits-, Bildungs- und

Sozialpolitik besonders am Herzen liegt, Faktoren, die in diesem Index ein großes Gewicht haben.

Einen weiteren Beleg für den Misserfolg der Regierung in ihrem ureigensten Politikfeld, nämlich der Armutsbekämpfung, liefert die Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik; aus einem ihrer Berichte zu dem Thema geht hervor, dass Venezuela in ganz Lateinamerika bei der Verringerung der Armut die schlechtesten Ergebnisse erzielt hat (Cepal 2001a:26).

Wachsende Opposition und der Marsch vom 11. April

Die mangelhafte Leistung und Lernfähigkeit einer Regierung, die mit dem obersten Ziel der Armutsbekämpfung angetreten war, hat dazu beigetragen, dass ihre anfangs große Popularität immer mehr bröckelte. Medien, die Chávez im Wahlkampf nahegestanden und zu Beginn gegenüber seiner Regierung eine eher wohlwollende Haltung eingenommen hatten, z.B. die einflussreiche Tageszeitung „El Nacional“, wandten sich nach und nach ab, ebenso wie die privaten Fernsehsender und viele Radioketten. Im selben Maße wuchs eine heterogene Anti-Chávez-Bewegung heran, die von den Medien unterstützt wurde. Der Regierung verblieb außer einigen Boulevard- und Provinzzeitungen und Radiokanälen der staatliche Fernsehkanal, den sie zu ihrem Sprachrohr ausbaute. Er wird allerdings traditionell nur von wenigen Zuschauern eingeschaltet.

Wenn die Medien kritischen Abstand verlieren und zu Sprachrohren werden, sei es der Regierung oder der Opposition, weist das auf eine gesplante Gesellschaft hin, die sich auszudrücken vermag, solange Presse- und Meinungsfreiheit gewährleistet sind. In Venezuela sind diese Freiheiten gegeben, trotz gelegentlicher, scharfer Angriffe des Staatspräsidenten und seiner Regierung gegen bestimmte Medien, deren Mitarbeiter und deren Eigentümer.

Es blieb nicht nur bei verbalen Attacken der Regierung gegen die Medien: Journalisten fühlten sich in ihrer Arbeit behindert oder gar bedroht, die Eigentümer von Radio- und Fernsehsendern protestierten gegen die endlosen Ansprachen des Staatspräsidenten – sein Rekord soll bei sieben Stunden stehen – oder seiner Minister, die im Rahmen der Sendelizenzen übertragen werden müssen („*cadenas nacionales*“). Auch alle früheren Regierungen haben diese Bestimmung für sich genutzt, keine jedoch so unmäßig wie die von Präsident Chávez. Angesichts solchen Missbrauchs beschwerten sich die Medien bei der Menschenrechtskommission der Organisation

Amerikanischer Staaten (OAS). Deren Referat für Presse- und Meinungsfreiheit kritisierte am 9. April 2002 in einem Kommuniqué die missbräuchliche Nutzung solcher Gleichschaltung, insbesondere, dass die Regierung in zwei Tagen über 30 gleichgeschaltete Programme ausstrahlen ließ, die jeweils 15-20 Minuten dauerten. In dem Kommuniqué wurde darauf hingewiesen, dass damit Art. 13 der Amerikanischen Menschenrechtskonvention verletzt würde (CIDH 2002).

Die tiefe Spaltung wurde auch in zunehmenden Protestaktionen deutlich. Plante die Dissidenz – Gewerkschaften, NGOs, Unternehmerverband, Oppositionsparteien – eine Demonstration, so organisierte die Regierung bzw. die sie tragende Partei umgehend eine Gegendemonstration. Die Gewaltbereitschaft wuchs, Mäßigung wurde zum Unwort, das keine der beiden Seiten in ihrem Diskurs führte. Hatte es im Jahr 2000 in Caracas noch knapp 600 Demonstrationen jeder Größenordnung gegeben, so waren es 2001 bereits fast 1000, und der Anteil der Demonstrationen mit Gewaltanwendung stieg von 170 auf 280 (Pulido 2002). Solche Zahlen deuten auch auf eine steigende Lernresistenz der Politiker hin.

Die soziale Spannung eskalierte. Am 10. Dezember 2001 legte der Arbeitgeberverband das Land für einen Tag lahm, und der Gewerkschaftsbund CTV unterstützte die Aktion. Eine gekaufte Allianz, sagte mancher, denn Arbeitern und Angestellten wurde der zusätzliche Feiertag bezahlt. Wie auch immer, es war der erste Massentest, in dem die Regierung Chávez den kürzeren zog. Sie hatte zur Nichtbeachtung aufgerufen, die Lehrer in die Schulen beordert, sich bemüht, Nahverkehrsmittel zu stellen. Vergebens, denn die Aktion war im ganzen Land erfolgreich; Caracas war für seine Bewohner nicht wiederzuerkennen, die Stadtautobahnen waren leergefegt, und nahezu alle Geschäfte hatten geschlossen; selbst die nie fehlenden Straßenverkäufer waren zuhause geblieben.

Der nächste Test folgte am 23. Januar 2002, dem Jahrestag des Sturzes der bis dahin letzten Diktatur Venezuelas im Jahr 1958. Während die Regierung keinen Anlass sah, diesen Tag zu feiern – schließlich war er ja der Gründungstag der verhassten „4. Republik“ – rief die Dissidenz zu einer Demonstration der Stärke auf. Die Regierung antwortete mit einer Gegendemonstration und vertraute darauf, dass ihre „Bolivarianischen Kreise“ mehr Menschen mobilisieren würden als ihre Gegner. Sie verlor auch diesen Vergleich eindeutig. Ihre eigene Massendemonstration am 4. Februar, zur Feier der zehnten Wiederkehr des Putschtages von 1992, wurde von der Dissidenz

mit der Aufforderung konterkariert, jeder möge sich an diesem normalen Arbeitstag zur Ehre der zahlreichen Toten des Putschversuchs in Schwarz

kleiden. Hier war kein direkter Vergleich möglich, aber die Wirkung der regierungstreuen Demonstration verpuffte.

Exkurs: „Bolivarianische Kreise“

„Die Bolivarianischen Kreise sind vom Volk organisierte Gruppen mit 7-11 Mitgliedern, die sich zusammenfinden, um die Probleme ihres Gemeinwesens zu diskutieren und diese den zuständigen Behörden nahezubringen, damit schnelle Lösungen erzielt werden. Die Kreise dienen ebenfalls dazu, die Träume und Ideale des Befreiers Simón Bolívar, seines Lehrers Simón Rodríguez und von Ezequiel Zamora zu verbreiten.“

Während die erste Aufgabe sich an dem in der Verfassung verankerten Gedanken der partizipativen Demokratie orientiert, kann die zweite nur als Pflege des politischen Mythos angesehen werden; ein – undefiniertes und wohl auch undefinierbares – Gedankengut wird verabsolutiert, alles andere ausgeschlossen.

„Die Bolivarianischen Kreise setzen sich aus einem ersten und zweiten Koordinator sowie den Gefolgsleuten zusammen. [...] Für jeden Ortsteil werden ein erster und zweiter Koordinator gewählt, ebenso wie für jede Gemeinde und jeden Bundesstaat. Oberster Führer der Bolivarianischen Kreise ist der Präsident der Bolivarianischen Republik Venezuela.“

Was der Theorie nach ein Netzwerk sein soll – eine lockere horizontale Organisation unabhängiger, aber miteinander kommunikativ verbundener Gruppen – ist in Wirklichkeit eine am Führerprinzip ausgerichtete Pyramidenstruktur.

Von Seiten der Opposition ist immer wieder darauf hingewiesen worden, die „Bolivarianischen Kreise“ seien eine Art Sturmabteilung der Regierung, parallel zu der sie tragenden Partei *Movimiento Quinta República* (MVR), aber durch den „obersten Führer“ gleichzeitig in deren Spitze vertreten. Eindeutige Belege dafür gibt es bisher nicht, obwohl feststeht, dass zahlreiche Koordinatoren und Mitglieder solcher Kreise auf den Gehaltslisten verschiedener öffentlicher Dienststellen stehen, in denen sie jedoch keiner speziellen Tätigkeit nachgehen, in Caracas z.B. der Bezirksverwaltung *Libertador*, dessen Bürgermeister auch als Koordinator dieser Kreise in Caracas fungiert. Das frühere Vorstandsmitglied des MVR, der Abgeordnete und heutige Dissident Armas, bestätigte in einem Radiointerview am 23.4.2002, die *Círculos Bolivarianos* seien z.T. bewaffnet und forderte ihre Auflösung (Armas 2002).

Die Zitate stammen aus dem Dokument „*Círculos Bolivarianos*“ des Präsidialamtsministeriums: www.venezuela.gov.ve/ns/circulos.asp

Das Schema: Demonstration gegen die Regierung, Antwort der Regierung mit einer Demonstration für die Regierung, wiederholte sich auch am 11. April. Die Gewerkschaftszentrale CTV hatte für den 9. April einen eintägigen Generalstreik ausgerufen, den der Arbeitgeberverband unterstützte. Eine seltene Streikallianz, hinter der eine gemeinsame regierungskritische politische Absicht ebenso stand, wie sie unbestreitbarer Beleg für die antagonistisierende Haltung der Chávez-Regierung ist. Der Generalstreik wurde am 10. April auf unbestimmte Zeit verlängert, u.a. auch aus Solidarität mit den von Chávez in einer Fern-

sehansprache so unwürdig entlassenen Angestellten der staatlichen Erdölgesellschaft PDVSA. Daraufhin organisierte die Zivilgesellschaft am 11. April einen Marsch mit dem Ziel des PDVSA-Gebäudes im Stadtteil Chuao (östlich des Zentrums von Caracas), an dem über eine halbe Million Menschen teilnahm. Die unerwartete Dimension dieses Marsches und seine Dynamik legten es geradezu nahe, ihn bis zum etwa 8 km entfernten Regierungssitz fortzusetzen und dem Staatspräsidenten Basismacht vorzuführen. Angesichts der drohenden – wenn auch friedlichen – Überschwemmung des Regierungsviertels

durch Anti-Chávez-Demonstranten wurden über die *Círculos Bolivarianos* Chávez-Anhänger mobilisiert, die die freien Räume in diesem Bereich vorsorglich besetzten. Sie skandierten – wie im spanischen Bürgerkrieg die Madrider angesichts der anmarschierenden Faschisten – die Losung „no pasarán“ (wir lassen sie nicht durch). Aus versammlungsrechtlicher Sicht ist festzustellen, dass keiner der beiden Aufmärsche für das Gebiet des Regierungssitzes genehmigt war.

Als die Spitze des Marsches den O’Leary-Platz in der Nähe des Regierungssitzes erreichte, ohne jedoch direkt mit dessen „Verteidigern“ in Kontakt zu geraten, peitschten Schüsse auf; Sicherheitskräfte – darunter die Stadtpolizei, die Präsidentengarde und die Nationalgarde – setzten Tränengas ein, eine große Anzahl Menschen wurde durch Schüsse (etwa 160) bzw. Stein- und Flaschenwürfe (mehr als 100) verletzt oder gar getötet (15); Todesopfer und Verletzte waren auf beiden Seiten zu beklagen. Erst eine Woche nach den Ereignissen sickerte durch, Präsident Chávez habe angeordnet, den „*Plan Avila*“ durchzuführen, d.h. die Streitkräfte zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung einzusetzen, eine Maßnahme, die der vorherigen Erklärung des Ausnahmezustands bedarf (Porras 2002⁶). Ob das – sofern korrekt berichtet – als Beleg für die Verantwortung des Präsidenten ausreicht, ist zweifelhaft, denn eine Truppenmobilisierung ist noch kein Schießbefehl, auch wenn sie eskalierend wirkt.

Zum Zeitpunkt des Gewaltausbruchs unterbrach die Regierung sämtliche Fernsehsendungen, die z.T. Bilder von später eindeutig identifizierten, schießenden Heckenschützen übertrugen, darunter ein Stadtrat der Regierungspartei, und zwang alle Stationen, eine Ansprache des Staatspräsidenten Chávez zu verbreiten. Die Kanäle folgten dem Zwang, begannen dann aber, einer nach dem anderen, den Bildschirm zu teilen: der Präsident, politisch korrekt, auf der linken, die Bilder von der Strassenschlacht auf der rechten Seite. Eine groteske Vorstellung: während Chávez die Demonstration als „versprengte Bewegung einer Handvoll Oligarchen“ abtat und versicherte, alles sei in bester Ordnung, sah man gleich daneben, wie Tote und Verletzte geborgen

und abtransportiert wurden, immer wieder unterbrochen durch Sequenzen, die aus höheren Stockwerken aufgenommene Bilder der kilometerlangen, streckenweise bis zu sechs Fahrbahnen breiten Menschenschlange zeigten. Der Staatskanal bemühte sich darum, die Dimension und Dynamik des Marsches kleinzureden.

Putsch und Gegenputsch

Der Gewaltausbruch zeitigte binnen Stunden militärische und politische Konsequenzen. Erst erklärte der Generalinspekteur der Streitkräfte im Kreise seiner Kommandeure, das Militär stehe unverbrüchlich hinter der Regierung. Wenig später erklärten der Heereschef und der Chef der Nationalgarde in getrennten Pressekonferenzen, der Staatspräsident sei zu weit gegangen, wenn er auf Menschen habe schießen lassen, und sie müssten ihm deshalb die Gefolgschaft aufkündigen. In der Nacht erklärte dann der Generalinspekteur vor laufenden Kameras, der Präsident habe den Vizepräsidenten entlassen und sei zurückgetreten.

Es folgte die Bildung einer Übergangsregierung unter Pedro Carmona, Chef des Arbeitgeberverbands und einer der Organisatoren des Marsches. Seine erste Maßnahme war ein eklatanter Verfassungsbruch, ein Staatsstreich der Sorte, wie man sie in Lateinamerika seit Jahren für überwunden glaubte: Auflösung der Nationalversammlung, Konzentration aller Macht beim neuen Staats- und Regierungschef, einschließlich der Kompetenz, alle demokratisch gewählten Amtsträger nach Gutdünken zu entlassen, einsetzende Verfolgung und Verhaftung von Chávez-Anhängern, darunter der Innenminister und ein Parlamentarier. Ein Rückfall in Venezuelas längst versunken geglaubte, diktatorische Vergangenheit. Die – aus der Perspektive der Putschisten – möglicherweise gegebene Chance einer Einbindung von vormaligen Chávez-Anhängern in der Nationalversammlung wurde erst gar nicht ausgelotet.

Bis auf eine kleinere Gruppierung (*Primero Justicia*) verurteilten die Oppositionsparteien den Putsch geschlossen, im Verein mit der Chávez-Mehrheit. Die Gewerkschaften ebenfalls, sie waren auch bei der formellen Regierungsübernahme nicht anwesend, obwohl sie den Marsch gegen Chávez unterstützt hatten. Was sich hier zu installieren versuchte, war eine Plutokratie, eine Herrschaft von Unternehmern und Bankern.

Das ging selbst den Militärs zu weit, die bei der Selbsternennung Carmonas durch ihre Anwesenheit noch ihre Billigung zum Ausdruck gebracht hatten. Sie zwangen die Übergangsregie-

⁶ Baltazar Porras, Erzbischof von Mérida und Vorsitzender der Venezolanischen Bischofskonferenz, wurde von Chávez telefonisch gebeten, ihm während seines Arrests im Verteidigungsministerium geistlichen Beistand zu leisten und für sein Leben zu bürgen; er war mithin Zeuge der Gespräche und Verhandlungen zwischen den rebellierenden Militärs und dem Präsidenten.

rung zunächst, diese Maßnahmen rückgängig zu machen – was sie auch tat, denn die Militärs waren ja ihr Rückgrat. Damit war der Spuk schon am Ende. Der Gegenputsch nahm Gestalt an. Ohne einen einzigen Schuss abzufeuern, brachte die Chávez-treue Palastwache den Regierungssitz unter ihre Kontrolle, die Übergangsregierung setzte sich ins Verteidigungsministerium ab und war dort gleichzeitig isoliert. Die gestürzte Regierung sammelte ihre Kräfte und konnte sich Zugang zum Staatsfernsehen verschaffen. Chávez Rückkehr war nur noch eine Frage von Stunden.

Gleichzeitig sammelten sich Chávez-Anhänger vor dem Regierungssitz und dem Verteidigungsministerium. Sie belagerten die Fernsehstationen und Gebäude der wichtigsten Chávez-kritischen Zeitungen.

Ebendiese Medien wiederum berichteten nicht über den Zusammenbruch des Staatsstreichs und setzten sich dem Vorwurf aus, sie hätten der Bevölkerung Nachrichten vorenthalten, weil sie durch die Ausblendung die Putschisten begünstigen wollten. Es wurde auch der Verdacht geäußert, sie seien in konzertierter Aktion vorgegangen. Die Eigentümer der Medien hielten entgegen, sie hätten aus den Plünderungen des Jahres 1989 gelernt, und ihre Journalisten und Reporter seien tatsächlich unmittelbar gefährdet gewesen. Als Beleg dafür legten sie Aufnahmen von der Belagerung und Beinahe-Erstürmung eines Fernsehsenders vor, die an dem fraglichen 13. April übertragen worden waren, ebenso wie den Hilferuf einiger eingeschüchterter Journalisten verschiedener Medien, die sich in einer Wohnung versteckt hielten. Der amerikanische Nachrichtensender CNN und *Radio Caracol* aus Kolumbien berichteten jedoch den ganzen Tag über. Die tatsächlichen Gründe für den Blackout der Medien am 13. April dürften auf dem Kontinuum zwischen den Extremen der Vorwürfe und Rechtfertigung liegen.

Im Westen der Stadt kam es zu ersten Plünderungen, über die der Staatskanal – vernünftigerweise – auch nicht berichtete. Beim Versuch ihrer Kontrolle durch polizeiliche Sicherheitskräfte gab es weitere Todesopfer, wahrscheinlich sogar mehr als beim gewaltsamen Ende des zwei Tage zurückliegenden Marsches; genaue Zahlen dazu gibt es bisher nicht, weil es auch in mehreren Vierteln zur „Abrechnung“ zwischen Banden kam. Die Nationalgarde, zuständig für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, wenn Polizeikräfte nicht ausreichen, griff nicht ein. Im Staatsfernsehen wurde kommentiert, Bürger hätten sich im Westen der Stadt gewaltsam Zugang zu einigen Supermärkten verschafft, weil ihnen die Nah-

rungsmittel ausgegangen seien und die Geschäfte wegen des Generalstreiks und der politischen Wirren geschlossen hätten. Tatsächlich entstand der größte Schaden jedoch in Hausrats-, Möbel- und Elektrogerätegeschäften; rund 50 Geschäfte wurden in Brand gesetzt. Eiserne Schutzgitter wurden mit Abschleppwagen aufgezogen, kurz, ein Ausbruch schierer Gewalt gegen Sachen, der mit Hunger allein nicht erklärt werden kann.

Venezuela nach dem Putsch

Im Morgengrauen des 14. April 2002, anlässlich seiner Rückkehr in das Amt, aus dem er gerade 48 Stunden vorher durch einen zivil-militärischen Putsch verdrängt worden war, trat Staatspräsident Hugo Rafael Chávez Frías seinen Landsleuten gegenüber als geläuterter Politiker auf. In seiner Ansprache bat er um Vergebung für Fehlleistungen und Entgleisungen der Vergangenheit und führte Vokabeln in seinen Diskurs ein, die man von ihm nicht gewohnt war, z.B. versöhnen, ausgleichen, berichtigen. Doch schon am Nachmittag desselben Tages ließ er erste Zweifel an der Lauterkeit dieses Wandels aufkommen: seine Dankadresse an die Offiziere und Soldaten der Militärgarnison Maracay – der größten des Landes, deren Loyalität entscheidend dazu beigetragen hatte, dem Spuk der plutokratischen Übergangsregierung ein rasches Ende zu bereiten – enthielt die gewohnte Sequenz hochtönender Floskeln und verbaler Attacken. Außerdem relativierte er damit seine erste, zur Legendenbildung besser geeignete Lesart, das Volk hätte ihn nach Miraflores (Regierungssitz) zurückgeholt; indirekt gestand er ein, dass er seine Reinthronisation den Militärs zu verdanken hat. Ebenso wenig hilfreich war die öffentliche Empfehlung des Vizepräsidenten Cabello am selben Tag, wem es hier nicht gefalle, dem stünde es ja frei zu gehen.

In der mehrstündigen Pressekonferenz vom Montag wiederum gestand er Irrtümer ein, bat die von ihm in einer Fernsehansprache rüde entlassenen Manager der staatlichen Erdölgesellschaft um Verzeihung, betonte seine Dialogbereitschaft und versprach darüber hinaus, bei öffentlichen Anlässen nicht mehr im Kampfanzug des Heeres aufzutreten.

Die gesplante Persönlichkeit von Hugo Chávez kann man als Reflex der Spaltung des venezolanischen Volkes begreifen, zu deren Vertiefung er mit seinem Diskurs maßgeblich beigetragen hat. Und ebenso tief gespalten sind die Streitkräfte. Die beiden Hauptstützen seines ursprünglich von Ceresoles (1999) postdemokratischer Theorie inspirierten und später mit Dietrichs (1999, 2001) postkapitalistischen und parti-

zipatorischen Vorstellungen angereicherten Modells, in dem die Macht des Caudillo sich aus dessen direkter, emotionaler Beziehung zum organisierten Volk legitimiert, und die Streitkräfte eine Kernrolle in der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung übernehmen, weisen tiefe Risse auf.

Noch am 27. Februar hatte Verteidigungsminister Rangel versichert, ein Staatsstreich sei schon deshalb ausgeschlossen, weil die Streitkräfte geschlossen hinter dem Projekt von Chávez stünden, und ohne Streitkräfte sei nun einmal kein Putsch vorstellbar (Rangel 2002). Mit der zweiten Hälfte seiner Versicherung sollte er Recht behalten, die erste wurde in der zweiten Aprilwoche durch die Ereignisse selbst dementiert. Chávez' Rückhalt im Volk war zu diesem Zeitpunkt bereits beträchtlich geschmolzen, wie aus Meinungsumfragen deutlich hervorgeht. Die vorläufige Bilanz dieser Aprilwoche:

- Auf die Verfassungs- und Gefolgschaftstreue des Militärs ist wenig Verlass: Der alte und neue, legitime Staatspräsident, aber auch der illegitime Interimspräsident, verdanken bzw. verdankten ihr Amt letztlich dem Militär.
- Der Identitätsgehalt des Begriffs „Volk“ ist verlorengegangen; heute kann niemand sagen: „Wir sind das Volk“. Nicht die Chávez ergebenen Massen, nicht die Chávez bekämpfenden Massen und auch nicht die Massen, die zwischen den Fronten stehen. Besonders deutlich wird dieses Identitätsdilemma im Chávez-Diskurs, demzufolge nur die mit ihm sympathisierenden Sektoren der ärmeren Schichten „Volk“ sind und alle übrigen ausgeschlossen bleiben.

Bei näherem Hinsehen fallen Parallelen zwischen dem Putsch gegen Chávez vom April 2002 und seinem eigenen, zehn Jahre zurückliegenden Putschversuch vom Februar 1992 ins Auge:

- Wie Chávez 2002 hatte die Regierung Pérez 1992 an Popularität verloren, ihre Legitimität wurde in Frage gestellt, die Bevölkerung hatte das Vertrauen in die übrigen Gewalten und die Parteien verloren, es entstand eine systemsprengende Opposition, und die Streitkräfte waren wegen ihres Einsatzes gegen das eigene Volk im Zuge der Plünderungen von 1989 innerlich zerrissen.
- Wie der Übergangsregierung Carmona 2002 galt auch Chávez 1992 die geltende Verfassung nichts; das Dekret, das nach dem Sturz von Pérez in Kraft treten sollte, sah ebenso

wie 2002 die Auflösung des Parlaments und der übrigen Gewalten, die Ablösung der gewählten Gouverneure und Bürgermeister und die Schaffung eines Staatsrats vor (Ramírez 1998).

Was heute glücklicherweise fehlt, ist eine Führungsfigur, die – wie Chávez 1992 – öffentlich die Verantwortung für den Staatsstreich übernehme und dabei zu erkennen gäbe, dass das letzte Wort noch nicht gefallen ist.⁷ Aus optimistischer Sicht könnte man dies dahingehend interpretieren, dass niemand diesen Verfassungsbruch verantworten will und mithin heute keine systemsprengende Opposition entsteht, sondern eine, die die Ablösung der Regierung mit verfassungskonformen Mitteln anstrebt. Dafür spricht auch die bereits erwähnte, scharfe und unverzügliche Verurteilung des zivil-militärischen Putschversuchs durch praktisch alle Oppositionsparteien.

Ein weiteres gutes Zeichen ist die Bereitschaft aller Seiten zur Schaffung einer unabhängigen Wahrheitskommission, die die Vorgänge um Putsch und Gegenputsch untersuchen und die Verantwortlichen für die Opfer benennen soll. Das wird als Grundlage für eine nationale Aussöhnung angesehen. Aber auch hier liegt der Teufel im Detail. Die Zusammensetzung der Kommission ist umstritten, und nicht wenige Persönlichkeiten und Gruppen fordern den Rücktritt des Generalanwalts und des Ombudsmannes, die als Chávez-Sympathisanten gelten und deren Bestellung von der Opposition als nicht verfassungskonform angesehen wird; der erstere war außerdem Chávez' erster Vizepräsident.

Die Reaktion auf den Putsch in der Hemisphäre

Nach den Apriltagen wurde in Caracas von Anhängern der Regierung auf einen alten Witz in Lateinamerika verwiesen: „Frage: Warum hat es noch keinen Staatsstreich in Washington gegeben? Antwort: Weil es dort keine nordamerikanische Botschaft gibt.“ Mit den Ereignissen kamen jede Menge Gerüchte auf, und es wurden Erinnerungen an das Verhalten der USA gegenüber lateinamerikanischen Putschgenerälen in den 1960/70er Jahren wach.

Es ist kein Geheimnis, dass die nordamerikanische Administration die Chávez-Regierung seit 2000 kritisch betrachtet. Nach Berichten der

⁷ Chávez' geflügeltes Wort in seinem nicht einmal eine Minute dauernden Fernsehauftritt nach seiner Verhaftung war: „Por ahora no hemos logrado nuestros objetivos [...]“.

„New York Times“ kam es zu mehreren Treffen zwischen Regierungsvertretern und venezolanischen Gegnern von Chávez. Dabei habe man nicht von entsprechenden Aktionen abgeraten, aber auch keine Versprechungen gemacht oder etwa konkrete Unterstützung in Aussicht gestellt, so wird ein US-Beamter zitiert (Marquis 2002). Als Gründe für die Zunahme konkreter Aktivitäten gegenüber Chávez werden die Zuspitzung der Lage im Nahen und Mittleren Osten genannt. Die USA hätten ein verstärktes Interesse an einer sicheren Ölversorgung und von daher auch an einem Regierungswechsel in Venezuela. Ein privater nordamerikanischer Nachrichtendienst (Stratfor 2002) behauptet, die CIA habe Kenntnis von entsprechenden Planungen gehabt. Berichtet wird auch von Putschplanungen einer Gruppe um den pensionierten General Rubén Rojas, Schwiegersohn von Ex-Präsident Rafael Caldera, die ursprünglich bereits für den 27. Februar vorgesehen waren, aber dann auf Druck innerhalb Venezuelas und von der Bush-Administration aufgegeben wurden.

Von der US-Administration gingen zumindest ambivalente Signale aus: der nordamerikanische Botschafter Charles Shapiro besuchte in Begleitung seines spanischen Amtskollegen Manuel Viturro den kurzzeitigen Interimspräsidenten Carmona in dessen Regierungssitz. Nach eigenen Angaben hätten sie ihn bei dieser Gelegenheit darauf hingewiesen, dass die Verfassung einzuhalten sei. Am 12. April erklärte ein Funktionär des *State Department*, Phillip Chicola, dass Carmona die „konstitutionellen Formen“ beachten solle. Gleichzeitig kursieren Gerüchte von einer direkten US-Beteiligung: Nach Presseberichten, die von der US-Botschaft in Caracas dementiert wurden, soll Oberstleutnant James Rodger, der an der dortigen nordamerikanischen Botschaft akkreditiert war, sich während nahezu der gesamten Zeit bei den Putschisten aufgehalten haben (El País 22.4.2002).

Die Verbindungen zwischen der nordamerikanischen und der venezolanischen Gesellschaft sind so ausgeprägt, dass sich auf den unterschiedlichsten Ebenen tägliche Kontakte nachweisen ließen. Dies gilt besonders für den Bereich der nur schwer durchschaubaren Beziehungen im Ölbereich. Ex-Präsident George H. W. Bush hat sich privat in Venezuela aufgehalten und dabei u.a. Anfang 2001 auch Präsident Chávez besucht. Ihm werden auch freundschaftliche Beziehungen zu dem 58 Jahre alten venezolanischen TV-Magnaten Gustavo Cisneros nachgesagt, der nach Berichten von „Newsweek“ eine wichtige Rolle beim Putschversuch gespielt haben soll.

Die Gerüchte über eine Beteiligung der nordamerikanischen Regierung an den Ereignissen werden sicherlich anhalten. Es wird sogar gemutmaßt, dass die Aufarbeitung der nordamerikanischen Politik in den Apriltagen zu einem ersten außenpolitischen Skandal der Bush-Administration heranreifen könnte (Newsweek 29.4.2002). Gegen eine direkte Teilnahme spricht der Dilettantismus der Akteure und der chaotische Ablauf, der auf das Fehlen jeglicher Planung hinzuweisen scheint.

Die lateinamerikanischen Staaten reagierten mit der Ausnahme von El Salvador zurückhaltend auf die neue Regierung. Dies gilt auch für Kolumbien, das wegen des undurchsichtigen Verhältnisses von Chávez zur Guerilla im eigenen Land möglicherweise ein Interesse an einem Regierungswechsel im Nachbarland haben könnte.

Der Ständige Rat der OAS verurteilte den Bruch der Verfassung durch die Übergangsregierung unmissverständlich und ohne Zögern. Generalsekretär Gaviria wurde beauftragt, die Vorgänge vor Ort zu untersuchen und einer für den 18. April einberufenen Sondersitzung der Vollversammlung einen Bericht vorzulegen.

Gaviria traf sich in Caracas mit Vertretern der Regierung, der Opposition, verschiedener Verbände und der Zivilgesellschaft. In seinem Bericht unterstreicht er seine Auffassung, dass die Organisatoren des Marsches vom 11. April nicht identisch seien mit denen, die sich widerrechtlich die Macht angeeignet hatten, dass es sich um einen Militärputsch gehandelt habe, und dass dieser wiederum vor allem von Militärs niedergeschlagen worden sei. Weiterhin hebt er hervor, der Staatspräsident wolle den Dialog wiederherstellen, ein angesichts der tiefen Spaltung der Gesellschaft notwendiger Schritt. Er weist auf die Gefahr der Einmischung des Militärs in die Politik hin, empfiehlt eine überzeugendere Gewaltenteilung, übermittelt die Besorgnis vieler Bürger und vor allem Medienvertreter hinsichtlich der Bedrohung der Meinungsfreiheit durch die „Bolivarianischen Kreise“, empfiehlt eine Einschränkung der obligatorischen Gemeinschaftsübertragungen von Regierungsansprachen, erwähnt die Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit mancher Gesetzesdekrete, die unter dem Ermächtigungsgesetz erlassen wurden. Er verweist weiter auf die Notwendigkeit, den Gewerkschaftsverband CTV anzuerkennen, betont das Gewaltmonopol des Staates und begrüßt die geplante Wahrheitskommission (OAS 2002).

Der Gaviria-Bericht wurde verabschiedet; er kann als präzises, umfassendes und konstruktives

Dokument angesehen werden, das die Probleme beim Namen nennt. Ein solches Dokument kann sich als hilfreich erweisen, wenn sich in Zukunft Befürchtungen der einen oder anderen Seite verstärken sollten. Ebenso ist er als Mängelliste geeignet, die die venezolanische Gesellschaft abarbeiten sollte.

In ihrem Beschluss über die Unterstützung der Demokratie in Venezuela beruft sich die Vollversammlung der OAS auf den Gaviria-Bericht und Art. 3 der Interamerikanischen Demokratischen Charta, in dem die repräsentative Demokratie als Prinzip festgeschrieben wird (Venezuela hatte sich in Quebec als einziges Land gegen dieses Prinzip ausgesprochen und stattdessen die partizipative Demokratie vorgeschlagen, konnte sich aber damit nicht durchsetzen). Die Initiative der venezolanischen Regierung zu einem alle einschließenden Dialog wird ausdrücklich unterstützt, und sie wird in ihrem Vorsatz ermutigt, den in Art. 3 und 4 der Charta genannten Bestandteilen der repräsentativen Demokratie ohne Einschränkung Geltung zu verschaffen; dort sind u.a. die Unabhängigkeit und Gewaltenteilung sowie die Meinungs- und Pressefreiheit erwähnt.

Aufgrund des Gaviria-Berichts und der Resolution dürfte sich Venezuela in der nächsten Zeit der gesteigerten Aufmerksamkeit seiner Nachbarn und Freunde in der Hemisphäre gewiss sein. Das sollte sich auch auf das Gesprächsklima im Land selbst dämpfend auswirken.

Ausblick

Aus den Ereignissen im April lassen sich zwei kurz- bis mittelfristige Szenarien herauslesen, die beide auf der plausiblen Grundannahme einer durch die Krise geschwächten Chávez-Regierung basieren. Angesichts der Forderung, dass den versöhnlichen Worten auch konkrete Taten folgen müssen, kann ihre Legitimität keineswegs als gefestigt angesehen werden, und sie kann nicht mehr unbedingt auf eine Mehrheit in der Nationalversammlung bauen.⁸ Die übrigen Gewalten – der Oberste Gerichtshof, die Bürgergewalt mit der Generalanwaltschaft, dem Ombudsmann und dem Rechnungshof, die Wählergewalt mit dem Nationalen Wahlrat – genießen allesamt nur geringes Vertrauen, werden nicht als wirklich unabhängig angesehen und können deshalb kaum als Schlicht- oder Schiedsinstanzen dienen.

⁸ Am 23.4.2002 konstituierten vier ehemalige MVR-Mitglieder, darunter der letzte Fraktionschef, im Parlament eine eigene Fraktion; die Regierungsmehrheit schmolz damit auf vier Abgeordnete.

Im ersten Szenarium betrachtet Präsident Chávez Verhandlungs- und Dialogbereitschaft als Ausdruck von Stärke. Entsprechend werden die Entscheidungsprozesse weniger autoritär, die Einbeziehung von Kritikern und Vertretern der Opposition verbessert die Akzeptanz der Entscheidungen. Eine Kabinettsumbildung unterstreicht die Ernsthaftigkeit dieses Bemühens, ebenso wie die Abberufung und Neubesetzung der übrigen Gewalten im Einklang mit den entsprechenden Bestimmungen der Verfassung von 1999. Die Wahrheitskommission wird einvernehmlich und ausschließlich mit Unabhängigen besetzt und international verstärkt. Es kommt zur Aufdeckung der tatsächlichen Vorkommnisse und die Benennung von Tätern und Verantwortlichen statt einer Legendenbildung auf beiden Seiten. Die Bolivarianische Revolution beschränkt sich auf die verbale Dimension, und die Bolivarianischen Zirkel werden aus der Zuständigkeit des Präsidialamts herausgenommen, Sozialprogramme nicht mehr über sie, sondern die dazu bereits vorhandenen Einrichtungen kanalisiert. Die Spannungen in der Gesellschaft lassen nach. Dennoch betreibt die Opposition weiterhin eine Volksbefragung zur Fortsetzung der Chávezschen Präsidentschaft. Chávez gewinnt die Abstimmung und ist damit relegitimiert; zwar werden Chávez-Anhänger durch Volksabstimmungen aus ihren Ämtern als Bürgermeister und Gouverneure abgewählt, aber die Regierungskoalition kann auch ein Gutteil ihrer Bastionen verteidigen. Außenpolitisch wird die Nähe zu Kuba durch eine stärkere Annäherung an das – inzwischen von Lula da Silva regierte – Brasilien relativiert, und damit ein Impuls für den ohnehin bereits wachsenden Handel mit dem Nachbarn gegeben. Die weiter sprudelnden Erdöleinnahmen werden produktiver als bisher verwendet, das Vertrauen wächst, und die Wirtschaft springt an. Chávez erreicht das Ende seiner Amtszeit und hat Aussichten auf seine Wiederwahl.

Angesichts der Persönlichkeitsstruktur des Präsidenten und seiner engsten Umgebung ist dieses idyllische Szenarium nicht wahrscheinlich.

Im zweiten Szenarium betrachtet Präsident Chávez Verhandlungs- und Dialogbereitschaft als Schwäche. Deshalb setzt er im Rahmen des Möglichen seinen autoritären Kurs fort und gibt nur nach, wenn der Gegner erkennbar stärker ist. Das Kabinett behält mehr oder weniger seine gegenwärtige Zusammensetzung, und die – wenn auch prekäre – Regierungsmehrheit in der Nationalversammlung verhindert unter Chávez' Druck die personelle Erneuerung der übrigen Gewalten. Um Putsch und Gegenputsch werden rasch Legenden

gebildet und durch ständige Wiederholung beim harten Kern der Chávez-Anhänger und -Gegner verstärkt. Eine rechtsstaatliche Aufklärung der Ereignisse vom April wird dadurch ebenso belastet und erschwert wie durch die weitere Zuständigkeit der nur für die regierungsfreundliche Seite vertrauenswürdigen Amtsträger der Bürgergewalt und bleibt schließlich offen. Die „Bolivarianischen Kreise“ werden weiterhin gezielt als klientelistische Verteilungsinstanzen eingesetzt und halten sich im Gegenzug bereit, um Medienvertreter und Regimegegner systematisch einzuschüchtern. Die gesellschaftlichen Spannungen schwelen weiter, es kommt immer wieder zu gewaltsamen Konfrontationen, Investitionen bleiben nach wie vor aus, und selbst erfreulich hohe Erdöleinnahmen reichen dann nicht aus, die in die Regierung gesetzten materiellen Erwartungen der Bevölkerung zu erfüllen. Außenpolitisch sieht sich Venezuela immer mehr isoliert; selbst der neue brasilianische Staatspräsident da Silva hält sich zwar nicht unbedingt verbal, aber sach-

politisch auf höflicher Distanz. Chávez' Rückhalt bröckelt weiter ab, die Opposition erreicht die Durchführung einer Volksbefragung zur Fortsetzung der Chávez-Präsidentschaft und gewinnt. Obwohl das Begehren nicht bindend ist, bleibt Chávez nur der Rücktritt. Bei den anschließend durchgeführten Neuwahlen erreicht die Chávez-Partei MVR ein respektables Ergebnis und bleibt sogar stärkste politische Kraft, verliert jedoch ihre dominante Position auf der nationalen Ebene, ähnlich verhält es sich in den Regionen und Gemeinden. Der neue Staatspräsident regiert auf eine Koalition gestützt, und es kommt zu neuen Formen des Interessenausgleichs und Bündnissen auf allen Ebenen.

Dieses Szenarium ist wahrscheinlicher, durchsetzt mit fragilen Fortschritten in Richtung des ersten Szenariums. Anders ausgedrückt, das zweite Szenarium liefert den Grundton, der gelegentlich durch sanftere Töne aus dem ersten überlagert wird.

Literaturverzeichnis

- Armas, Alejandro (2002), Interview mit M. Colomina, Radio Union, 23.4.2002, s. www.unionradio.com.ve.
- Banco Central de Venezuela (2001), Mensaje del Presidente, 28.12.2001, in: www.bcv.gov.ve.
- (2002), Serie Estadísticas, in: www.bcv.gov.ve.
- Blanco Muñoz, Augustin (1998), Habla el Comandante, Caracas: Universidad Central de Venezuela.
- Ceresole, Norberto (1999), Carta a los constituyentes, in: www.eud.com.
- Ceresole, Norberto (2001), La Venezuela del comandante Chávez, Madrid: El Cid Editor.
- Comisión Económica para América Latina y el Caribe (Cepal) (2001), Notas de la Cepal No. 20/200.
- (2001a), Panorama Social de América Latina y el Caribe 2001, in: www.cepal.org/publicaciones/desarrollosocial.
- (2001b), Balance preliminar des las economías de América Latina y el Caribe 2001, in: www.eclac.org/publicaciones/desarrolloeconomico.
- Comisión Interamericana de Derechos Humanos (CIDH) (2002), Comunicado de Prensa PREN/55/02, in: www.cidh.oas.org/Relatoria.
- Consultores 21 (2002), Estudio Nacional de Opinión Pública, Caracas, s. auch www.consultores21.com.
- Contreras, Joseph/Isikoff, Michael, Hugo's Close Call, in: Newsweek 29.4.2002.
- Dietrich, Heinz (1999), Fin del capitalismo global. El nuevo proyecto histórico, La Habana: Ed. De Ciencias Sociales.
- (2001), El nuevo orden económico internacional postcapitalista, valor objetivo, cambio de equivalentes y democracia participativa, Vortrag anlässlich des Encuentro Internacional de Economistas, La Habana, in: www.globalizacion.cubaweb.cu.
- (Hg.) (2001), Hugo Chávez: Un nuevo proyecto Latinoamericano, La Habana: Instituto Cubano del Libro.
- (Hg.) (2002?), La cuarta vía al poder: Colombia, Venezuela, Ecuador, Colección: Las otras voces, o. O.
- Gott, Richard (2000), In the Shadow of the Liberator: Hugo Chávez and the Transformation of Venezuela, London/New York: Verso.
- Instituto Nacional de Estadística (INE) (2002), in: www.ocei.gov.ve/estadística.
- International Labour Organisation (ILO) (2001), CEACR: Individual Observation Concerning Convention No. 87, Freedom of Association and Protection of the Right to Organise, 1948 Venezuela (ratification 1982), in: <http://ilolex/ilo.ch:1567>.
- Marquis, Christopher (2002), US Cautioned Leader of Plot Against Chavez, New York Times, 17.4.2002.
- Porrás, Baltazar (2002), Interview, El Nacional, 20.4.2002.
- Pulido de Briceño, Mercedes (2002), Agenda única: superar la pobreza, in: SIC 641, S. 10-11.
- Purroy, Miguel Ignacio (2002), Economía: balance 2001 y perspectivas 2002, in: SIC 641, S. 4-9.
- Ramírez Rojas, Kléber, Historia documental del 4 de febrero, Caracas: Universidad Central de Venezuela.

Rangel, José V. (2002), Interview, in: www.globovisión.com/nacionales/270202.

Stratfor (2002), Venezuela: Carmona out, Chávez back – But for how long? (13.4.2002), o. O.

United Nations Development Program (UNDP) (1998-2001), Human Development Index, in: www.undp.org/hdr.

Welsch, Friedrich/Werz, Nikolaus (2000), Die venezolanische „Megawahl“ vom Juli 2000 und ihre Folge: Legitimi-

on der Bolivarianischen Republik, in: Brennpunkt Lateinamerika Nr. 20/2000, S. 205-216.

Weyland, Kurt (2001), Will Chávez Lose his Luster? in: Foreign Affairs 80 (2001) 6, S. 73-87.

Zago, Angela (1998), La rebelión de los Angeles. Reportaje. Los documentos del movimiento, Caracas: WARP Ediciones (3. Auflage).

Autorennotiz: Friedrich Welsch, Professor für politische Wissenschaft, Universidad Simón Bolívar, Caracas, E-Mail: welsch@usb.ve oder fjwelsch@hotmail.com; Nikolaus Werz, Professor für Politische Wissenschaft, Universität Rostock, E-Mail: nikolaus.werz@wisofak.uni-rostock.de

Sabine Kurtenbach (Hrsg.)

Kolumbien zwischen Gewalteskalation und Friedenssuche Möglichkeiten und Grenzen der Einflussnahme externer Akteure

Frankfurt/Main: Vervuert 2001, 254 Seiten,
ISBN 3-89354-254-X, € 24,80

Schriftenreihe des Instituts für Iberoamerika-Kunde, Hamburg, Band 54

In den vergangenen Jahren hat sich Kolumbien zum sicherheitspolitischen Brennpunkt Lateinamerikas entwickelt. Dies liegt nicht nur daran, dass Kolumbien Schauplatz des ältesten internen Kriegs Lateinamerikas ist, sondern dass Gewalt in diesem Andenstaat ein vielschichtiges Phänomen ist. Neben der bewaffneten Auseinandersetzung zwischen Regierung und Guerilla wird die Gewalt in dem Andenstaat durch den Drogenhandel und ein hohes Maß an Kriminalität angeheizt. Parallel zur Eskalation der Gewalt hat sich das Engagement regionaler und internationaler Akteure in den vergangenen Jahren verstärkt. Ansatzpunkt für das internationale Engagement war zunächst das Thema Menschenrechte, aber in wachsendem Maß sollen externe Akteure auch bei der Beendigung des Krieges helfen. Der Sammelband ist das Ergebnis einer Tagung, die das Institut für Iberoamerika-Kunde mit finanzieller Unterstützung der Fritz Thyssen Stiftung im Juli 2000 durchgeführt hat.

Impressum: BRENNPUNKT LATEINAMERIKA erscheint zweimal im Monat und wird vom Institut für Iberoamerika-Kunde (IIK) in Hamburg herausgegeben. Das IIK bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Asienkunde, dem Institut für Afrika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut. Aufgabe des IIK ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Lateinamerika. Das Institut ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Redaktion: Detlef Nolte; Textverarbeitung: Jens Urban

Bezugsbedingungen: €61,50,- p.a. (für Unternehmen und öffentliche Institutionen); €46,- (für Privatpersonen und Nichtregierungsorganisationen); €31,- (für Studierende und Erwerbslose). Für den Postversand wird ein zusätzlicher Betrag von €15,30,- erhoben. Einzelausgaben kosten €3,10 (für Studierende €2,10). BRENNPUNKT LATEINAMERIKA kann auch zum Abopreis per E-Mail bezogen werden.

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE

Alsterglaciis 8 · D-20354 Hamburg · Tel: 040 / 41 47 82 01 · Fax: 040 / 41 47 82 41

E-mail: iikhh@uni-hamburg.de · Internet: <http://www.rrz.uni-hamburg.de/IIK>

Peter Peetz

Neopopulismus in Lateinamerika Die Politik von Alberto Fujimori (Peru) und Hugo Chávez (Venezuela) im Vergleich

Hamburg: Institut für Iberoamerika-Kunde 2001, € 7,70
(Beiträge zur Lateinamerika-Forschung, Band 7)
ISBN 3-926446-85-4

Mit Hugo Chávez hat sich in Venezuela ein Präsident an der Macht etabliert, dessen Politik häufig mit dem Schlagwort „Neopopulismus“ charakterisiert wird. Außer dem venezolanischen Staatschef werden noch andere lateinamerikanische Politiker als Neopopulisten bezeichnet, allen voran Perus Ex-Präsident Alberto Fujimori. Der Begriff „Neopopulismus“ stellt Chávez und Fujimori in die Tradition des lateinamerikanischen Populismus und weckt dadurch Assoziationen an Politiker wie Getúlio Vargas (Brasilien 1930-45; 1951-54) und Juan Domingo Perón (Argentinien 1946-55; 1973-74). Die dem Neopopulismus und dem klassischen Populismus gemeinsamen Merkmale sind ein charismatischer Führungsstil, der Aufbau massenklientelistischer Bindungen durch eine verteilungsorientierte Sozialpolitik und ein besonderer Pathos in der Anrufung des „Volkes“. Das Ende der Ära Fujimori und der Ausgang der Wahlen in Venezuela vom Juli 2000, nach denen Chávez nun voraussichtlich bis ins Jahr 2006 im Amt bleiben wird, geben Anlass zu einer näheren Betrachtung des Konzepts Neopopulismus. Denn trotz der angesprochenen Parallelen zwischen Fujimori und Chávez unterscheidet sich ihre Politik so sehr, dass ihre gemeinsame Subsumierung unter diesen Terminus dessen Sinnhaftigkeit sowie dessen Nutzen für die politikwissenschaftliche Diskussion in Frage stellt.

Diese Arbeit klärt, was mit den Bezeichnungen „Populismus“ und „Neopopulismus“ gemeint ist. Sie diskutiert, ob das Konzept „Neopopulismus“ praktikabel ist und ob es für die Politikanalyse aussagekräftig und notwendig ist. Es wird analysiert,

- warum neopopulistische Politiker an die Macht kommen,
- wie sich ihre Anhängerschaft zusammensetzt,
- welchen politischen Diskurs sie verwenden,
- wie sich politische Kommunikation im Neopopulismus gestaltet,
- ob und wie Neopopulisten ihren Diskurs auf einzelnen Politikfeldern in die Tat umsetzen,
- welche Bedeutung Neopopulismus für die Demokratie eines Landes hat und
- was die Ablösung neopopulistischer Machthaber herbeiführt.

Zu beziehen über:

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE

Alsterglaciis 8 · 20354 Hamburg · Tel: 040 / 41 47 82 01 · Fax: 040 / 41 47 82 41
E-Mail: iikhh@uni-hamburg.de · Internet: <http://www.rrz.uni-hamburg.de/IHK>